CDU

„Konrads Erben“ gegen Merkel

Eine Gruppe um ehemalige Stipendiaten der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung versucht, die Union gegen eine nochmalige Kanzlerkandidatur von Angela Merkel zu mobilisieren. Der nach eigenen Angaben 500 Mitglieder umfassende Zirkel „Konrads Erben“, der sich über Facebook organisiert, sieht vor allem in Merkels Flüchtlingspolitik einen Verstoß gegen die Prinzipien des CDU-Altvaters Konrad Adenauer. „Mit ihrer Flüchtlingspolitik treibt Angela Merkel die Partei auf einen Kurs, den die schweigende Mehrheit ablehnt und bei dem sich Konrad Adenauer im Grab umdrehen würde“, sagt der Anführer der Gruppe, Bernd Samland, ehemaliger Medienmanager und selbstständiger Markenberater aus Köln. Er selbst sei nach 35 Jahren Mitgliedschaft aus der CDU ausgetreten, aus Ärger über den, wie er sagt, „perspektivlosen Satz“ „Wir schaffen das.“ Samland ist überzeugt: „Konrad Adenauer hätte Deutschland niemals für Hunderttausende Flüchtlinge geöffnet und darüber einen Bruch mit den europäischen Partnern riskiert.“ Derzeit arbeiten „Konrads Erben“ an einer Resolution mit ihren Forderungen. Der Arbeitstitel: „Rhöndorfer Manifest“. ama

Bundesautobahn A 8 am Chiemsee

EISELE PHOTOS

Fernstraßen

Nächste Ausfahrt Privatisierung

Die Pläne der Bundesregierung, das Autobahnnetz zu privatisieren, nehmen konkrete Formen an. Im Haushaltsausschuss warb Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) in dieser Woche für die Gründung einer Infrastrukturgesellschaft, die Bau und Betrieb der deutschen Autobahnen übernehmen soll. Schäuble will an dem Unternehmen private Investoren beteiligen. Die Privatisierungen der Telekom und der Post in den Neunzigerjahren hätten gezeigt, dass dieser Weg vorteilhaft wäre. Die Mehrheit der neuen Gesellschaft müsse aber beim Bund verbleiben. Schäubles Pläne können nur per Grundgesetzänderung realisiert werden. Einen entsprechenden Entwurf („streng vertraulich, Stand: 19.10.2016“) hat die Bundesregierung erarbeitet. Er soll Artikel 90 ändern, sodass der Bund künftig allein die Autobahnen verwaltet, nicht wie bisher gemeinsam mit den Ländern. Die Reform sieht die Option vor, bis zu 49,9 Prozent der Gesellschaft an private Investoren zu veräußern. Das käme der Banken- und Versicherungsbranche entgegen, die einen besseren Zugang zu Infrastrukturprojekten fordert. Wegen der niedrigen Zinsen suchen die Finanzinstitute langfristige Anlageformen mit sicherer Rendite. Der Frankfurter Verfassungsrechtler Georg Hermes hält die Pläne des Bundes für eine „schleichende Privatisierung“ des Fernstraßennetzes. „Schäuble will Banken und Versicherungen ein Milliardengeschenk machen“, sagt der haushaltspolitische Sprecher der Grünen im Bundestag, Sven-Christian Kindler. Am 8. Dezember soll die Reform ins Kabinett eingebracht werden. Derzeit verhandelt das Bundeskanzleramt über Details mit den Chefs der Staatskanzleien, da die Bundesländer ebenfalls zustimmen müssen. sve, was

Salafisten

Propagandafilm mit Hinrichtungen

Das salafistisch-dschihadistische Netzwerk um den Prediger Ahmad Abdulaziz Abdullah A. alias Abu Walaa hat offenbar auch mit grausamen Hinrichtungsvideos in Deutschland um neue Kämpfer für den „Islamischen Staat“ (IS) geworben. Das geht aus dem Haftbefehl gegen A. hervor, der bereits am 26. Oktober ausgestellt worden ist. Der 32-jährige Iraker aus Tönisvorst am Niederrhein wurde allerdings erst am vergangenen Dienstag verhaftet. Die brutalen Videos seien bei Schulungen des radikalen Netzwerks in Duisburg und Dortmund gezeigt worden, heißt es in dem Dokument. Abu Walaa habe am 6. Mai dieses Jahres in einer Kasseler Moschee vor etwa 100 Zuhörern zum bewaffneten Dschihad beim IS gegen die „Ungläubigen“ aufgerufen. Es sei seine Aufgabe gewesen, die Ausreisen zum IS zu genehmigen und zu organisieren. Er habe Rekruten aus Deutschland zugesichert, für die Einreise in das vom IS beherrschte Gebiet „persönlich“ zu bürgen. jdl, kno

YOUTUBE

Abu Walaa

EU

Beamtenparty in Havanna

Die EU-Kommission gerät wegen eines Seminars von Dutzenden Funktionären auf Kuba unter Druck. Im Mai 2016 trafen sich in der Hauptstadt Havanna die Chefs von 24 EU-Delegationen – so nennen sich die Auslandsvertretungen der EU – mit Beamten aus der Brüsseler Zentrale. Anlass der Reise war ein Regionalseminar für Lateinamerika und die Karibik. Insgesamt nahmen daran 95 zumeist hochrangige EU-Mitarbeiter teil. Der Service vor Ort ließ nichts zu wünschen übrig. So erfolgte der Transport in sogenannten Vintage Cars, wie die Kommission in einer schriftlichen Antwort auf Fragen der Haushaltskontrolleure des EU-Parlaments bestätigte. „Ein Taxi-Service mit Oldtimern wurde genutzt, um die Teilnehmer zum und vom Hotel und zur EU-Residenz zu fahren.“ Insgesamt belaufen sich die Ausgaben für die Reise auf rund 230 000 Euro, wie die Kommission mitteilte. Mehr als 100 000 Euro kostete allein die An- und Abreise, etliche Beamte saßen in der Businessclass. Die Kosten für das Hotel beliefen sich auf 50 000 Euro. Das Treffen sei sinnvoll gewesen, um die Annäherung der EU an Kuba zu unterstreichen, heißt es in der Kommission. EU-Chefhaushälterin Inge Gräßle (CDU) sieht das anders. „Die Aufnahme von Beziehungen zu Kuba kann nicht dem Zweck dienen, dass es einen neuen schönen Ort für eine Beamtenparty gibt.“ Der Kommissar für Internationale Zusammenarbeit, Neven Mimica, gelobte im Ausschuss Besserung und schloss eine Wiederholung einer derartigen Veranstaltung aus. mp, pau